

"Fischer für die Vereinigten Staaten von Europa" in Le Figaro (13. Mai 2000)

Legende: Am 13. Mai 2000 kommentiert die französische Tageszeitung Le Figaro die Rede des Bundesaußenministers Joschka Fischer, in der er in seinem persönlichem Namen den Abschluss eines Verfassungsvertrags zur Gründung einer europäischen Föderation auf Grundlage des Subsidiaritätsprinzips vorschlägt.

Quelle: Le Figaro. 13.05.2000, n° 17 341. Paris. "Fischer pour les États-Unis d'Europe", auteur:Picaper, Jean-Paul , p. 1;5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/fischer_fur_die_vereinigten_staaten_von_europa_in_le_figaro_13_mai_2000-de-facef797-8e3b-45fe-9673-fcddb1e9f8d2.html



Publication date: 05/07/2016

Geniestreich des deutschen Außenministers, der eine europäische Föderation fordert

Fischer für die Vereinigten Staaten von Europa

Berlin: Jean-Paul Picaper

Während die Europhilen die schleichende „Eurosclerose“ bedauern, die Euroskeptiker, ermutigt durch die Blutschwäche des Euro, aus ihren Löchern hervorgekrochen kommen und alle miteinander das Fehlen einer dieser deutsch-französischen Initiative der „Relance“ beklagen, für die das Tandem Kohl-Mitterrand bekannt waren, hat der deutsche Außenminister Joschka Fischer einen bemerkenswerten Coup gelandet. Europa, so sagte er gestern in einer Programmrede in Berlin, soll eine „Föderation“ werden. Der Weg führt in Richtung Vereinigte Staaten von Europa, weg vom Europa der Nationalstaaten.

„Ich weiß, dass der Begriff ‚Föderation‘ für viele Briten ein Reizwort ist. Aber mir fällt kein anderer Begriff ein“, sagte der Minister und fügte hinzu, dass „diese Föderation ... sich auf einen Verfassungsvertrag zu gründen haben“ wird. Er gibt jedoch zu, dass es ein Fehler wäre, „wenn man die Vollendung der politischen Integration gegen die vorhandenen Institutionen und Traditionen und nicht unter deren Einbeziehung versuchen würde“. Fischer schlägt also die Gründung eines europäischen Parlaments mit zwei Kammern vor, wobei eine die Nationalstaaten und das andere das Europa der Bürger vertreten soll.

Die erste Kammer sei vergleichbar mit dem deutschen Bundesrat, der die Länder vertritt, aber nur ihre Regierungen, während Fischer darin auch Abgeordnete der nationalen Parlamente vertreten sehen will. In der zweiten Kammer wären direkt von den Bürgern gewählte Abgeordnete vertreten, wie im Deutschen Bundestag.

Für die europäische Exekutive sieht Fischer zwei Optionen vor: „Entweder entscheidet man sich für die Fortentwicklung des Europäischen Rates zu einer europäischen Regierung, d.h. die europäische Regierung wird aus den nationalen Regierungen heraus gebildet, oder man geht, ausgehend von der heutigen Kommissionsstruktur, zur Direktwahl eines Präsidenten mit weitgehenden exekutiven Befugnissen über.“ Ohne diese Umstrukturierung würde der aktuelle „Staatenbund“, der nur ein „synthetisches Produkt“ ist, dem Minister zufolge nach seiner Erweiterung auf 27 oder 30 Staaten Gefahr laufen, gelähmt zu werden. Deshalb braucht das lebendige und aktive Europa ein Parlament, das Gesetze verabschiedet, und eine Regierung, die Beschlüsse fasst.

Diese Vision Fischers von der Zukunft Europas setzt sich deutlich vom derzeitigen europäischen Kontext ab. Der grüne Minister hat in seinem Verfassungsprojekt sorgsam zwischen dem „Nationalen“ und dem „Europäischen“ unterschieden und spricht von einer „schlanken und zugleich handlungsfähigen Europäischen Föderation“.

„Die Souveränitätsteilung von Föderation und Nationalstaaten“, so unterstreicht er, „setzt einen Verfassungsvertrag voraus, der festlegt, was europäisch und was weiterhin national geregelt werden soll. Dieser Verfassungsvertrag sollte die Kernsouveränitäten und nur das unbedingt notwendig europäisch zu Regelnde der Föderation übertragen, der Rest aber bliebe nationalstaatliche Regelungskompetenz.“

Der Minister präsentierte seine Reform als einen Prozess in zwei oder drei Stufen, beginnend mit einer „verstärkten Zusammenarbeit zwischen denjenigen Staaten, die enger als andere kooperieren wollen, wie dies bereits auch in der Wirtschafts- und Währungsunion und bei Schengen der Fall ist“.

Davon ausgehend könnte man zu einer „Weiterentwicklung der Euro-11 zu einer wirtschaftspolitischen Union“ gelangen, die auch den „Umweltschutz, die Verbrechensbekämpfung, die Entwicklung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik und natürlich auch die Außen- und Sicherheitspolitik“ implizieren würde.

Diese Zusammenarbeit, so fügt er hinzu, dürfe nicht als eine Abkehr von der Integration verstanden werden.

Und daraus entwickelt er seine zentrale Idee: „Ein möglicher Zwischenschritt hin zur Vollendung der politischen Union könnte die Bildung eines Gravitationszentrums sein.“

Eine solche Staatengruppe „würde einen neuen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation“.

Dieser Vertrag würde diesem „Zentrum“ eigene Institutionen verleihen, d.h. „eine Regierung, die innerhalb der EU in möglichst vielen Fragen für die Mitglieder der Gruppe mit einer Stimme spricht, ein starkes Parlament, einen direkt gewählten Präsidenten“.

„Dieses ‚Gravitationszentrum‘ müsste die Avantgarde, die Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration sein und bereits alle Elemente der späteren Föderation umfassen“, schließt Joschka Fischer und fügt hinzu, dass seine Zusammensetzung nicht ausschließlich wäre, sondern allen offen stünde, die dessen Zwänge akzeptieren würden.

Fischer gibt zu, allein in seinem Namen zu sprechen. Man kann sich aber denken, dass er Gerhard Schröder seinen Versuchsballon gezeigt hat, bevor er ihn hat steigen lassen.